

Hochschuloffensive NRW:

NRW braucht mehr Studierende, bessere Studienbedingungen und keine Studiengebühren

3 Jahre Studiengebühren - 3 Jahre Hochschul-"Freiheit"- 3 Jahre Rückschritt

Obwohl die negativen Auswirkungen der rückwärts gewandten Schulpolitik von CDU und FDP bereits an vielen Stellen sichtbar werden, wirken einige Erfolge der von uns GRÜNEN in den Jahren bis 2005 maßgeblich mit gestalteten Schulpolitik noch nach: So steigt in NRW die Zahl der jungen Menschen, die die Schule mit einer Hochschulzugangsberechtigung verlassen immer noch an. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der SchulabgängerInnen betrug im letzten Jahr 53,4% - damit ist die Studienberechtigtenquote so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Mehr noch: Nirgendwo sonst in Deutschland ist der vom Wissenschaftsrat empfohlene Anteil von 50% heute schon erreicht.

Trotzdem gelingt es in NRW seit der Regierungsübernahme durch Schwarz-Gelb nicht mehr, diesen Vorteil auch in eine entsprechende Steigerung der Studierendenzahlen umzusetzen. Im Gegenteil: Die Studienanfängerquote, also der Anteil der Studienberechtigten, die auch tatsächlich ein Studium aufnehmen, ging unter der Verantwortung von Ministerpräsident Rüttgers und Wissenschaftsminister Pinkwart von fast 80% im Jahr 2005 auf unter 70% zurück. Ursache waren hier insbesondere die im Jahr 2006 eingeführten allgemeinen Studiengebühren aber auch der ungenügende Ausbau der Kapazitäten, der zu einem sprunghaften Anstieg der Anzahl lokaler Zulassungsbeschränkungen geführt hat.

Stattdessen setzt die schwarz-gelbe Regierung auf vermeintliche Elite- und Exzellenzförderung und investiert in Forschungsleuchttürme anstatt in gut ausgestattete Studienplätze. Strukturell unterfüttert wird dieser Paradigmenwechsel in der NRW-Hochschulpolitik durch ein Hochschulgesetz, das unter dem Deckmantel einer angeblichen Hochschul-"Freiheit" den Ausverkauf von Demokratie und Mitbestimmung an den Hochschulen betreibt. Denn diese sind auf Gedeih und Verderb den neu installierten Hochschulräten ausgeliefert, demokratisch nur sehr unzureichend legitimierten Gremien, in denen vor allem Vertreter der Wirtschaft zukünftig die grundlegenden strategischen Entscheidungen zur Ausrichtung und Weiterentwicklung der Hochschule einschließlich der wesentlichen Personalentscheidungen treffen sollen.

NRW braucht mehr Studierende - Studierende in NRW brauchen bessere Studienbedingungen

50

Unser GRÜNES Ziel bleibt dagegen eine leistungsfähige und vielfältige Hochschullandschaft, in der jede und jeder studierwillige junge Mensch die Möglichkeit bekommen soll zu studieren - unter guten Bedingungen, bei motivierten und gut ausgebildeten Lehrenden und ohne zusätzliche Belastung durch Erwerbstätigkeit zur Sicherung des Lebensunterhalts. Unsere

55

Hochschulen müssen ausgebaut und saniert werden, die Studiengebühren abgeschafft und die Umstellung der Studiengänge auf das internationale Bachelor-Master-System endlich so abgeschlossen werden, dass am Ende eine neue Lehr- und Lernkultur steht und nicht einfach nur mehr Druck durch engere Lehrpläne.

60

Unser Land wird dem drohenden Fachkräftemangel nur begegnen können, wenn wir die Zahl der HochschulabsolventInnen weiter steigern. Deshalb müssen wir einerseits mehr studierwillige junge Menschen an die Hochschulen holen und andererseits auch die Hochschulen in die Lage versetzen, diese auf hohem Niveau ausbilden zu können.

65

Der doppelte Abiturjahrgang ist Chance und Herausforderung zugleich

70

Die Hochschulen in NRW sind in einem doppelten Dilemma: Einerseits wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in NRW eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, auch in den nächsten Jahren noch weiter steigen, nicht zuletzt auch durch den doppelten Abiturjahrgang 2013, eine „Nebenwirkung“ der Schulzeitverkürzung am Gymnasium von 9 auf 8 Jahre. Es ist daher dringend notwendig, an den Hochschulen in NRW zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, damit diese in den nächsten Jahren bis 2015 mindestens 100.000 zusätzliche StudienanfängerInnen aufnehmen können. Andererseits sind die Hochschulen heute schon baulich und personell zu schlecht ausgestattet, um gute Arbeitsbedingungen für Lehrende und Lernende zu schaffen.

75

80

Obwohl wir Grüne bereits seit langem auf diese Probleme hingewiesen und Lösungsvorschläge gemacht haben, haben Bundes- und Landesregierung vollkommen unzureichend auf diese Herausforderungen reagiert. So war der Hochschulpakt I zwischen Bund und Ländern zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, er ist jedoch zu kurzfristig angelegt und viel zu gering ausgestattet, um die notwendigen Studienplätze in ausreichender Qualität zur Verfügung zu stellen. Auch das von Minister Pinkwart medienwirksam verkündete 8 Milliarden-Programm für den Hochschulbau entpuppte sich bei näherem Hinsehen nur als eine Fortschreibung des Status Quo ohne echte zusätzliche Investitionen. Selbst von den für den Hochschulbereich reservierten Konjunkturpaket-Mitteln fließen nur 60 von 464 Millionen Euro tatsächlich an die Hochschulen, während der Löwenanteil in Klinikbetten, OP-Säle oder Forschungseinrichtungen investiert wird.

85

90

NRW braucht daher nicht nur dringend einen Hochschulpakt II zwischen Bund und Ländern mit einer längeren Laufzeit und mehr Mitteln pro Studienplatz, es braucht auch eine Landesregierung, die die Menschen an unseren Hochschulen nicht im Regen stehen und unter undichten Dächern lernen und arbeiten lässt.

95

Studiengebühren abschaffen

100

„Bessere Studienbedingungen durch Studiengebühren“ – mit diesem Versprechen hat die schwarz-gelbe Landesregierung zu Beginn der Legislaturperiode den Rückzug aus ihrer politischen Verantwortung angetreten. Doch stattdessen fließen die Einnahmen vielfach in Ausgleichsfonds, Rücklagen und Bauerhaltungsmaßnahmen oder werden mehr oder weniger offen zur Weiterfinanzierung von Maßnahmen verwendet, die die Hochschulen bisher aus anderen Mitteln finanziert hatten, so dass der Mehrwert für die Studierenden in keinem Verhältnis zu der Höhe ihrer „Beiträge“ steht.

105

Schlimmer noch: die Einführung der Studiengebühren hat zu einem massiven Einbruch der Studienanfängerzahlen geführt: Trotz gut gemeinter Kreditversprechen und angeblicher sozialer Abfederung entscheiden sich jährlich 5000 junge Menschen in NRW aufgrund der drohenden Verschuldung durch Studiengebühren gegen die Aufnahme eines Studiums. Dabei braucht NRW alle Talente - auch an den Hochschulen!

110

Eine Politik die Zugangshürden aufbaut, verbaut nicht nur individuelle Zukunftschancen, sondern ist - angesichts des wachsenden Fachkräftemangels - ein Desaster für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort NRW.

115

Für uns GRÜNE bleibt daher klar: Die Studiengebühren müssen weg!

Für ein bedarfsgerechtes Stipendiensystem

120

Als eine Antwort auf die anhaltende Kritik an der sozialen Selektivität der Studiengebühren hat Minister Pinkwart ein Stipendiensystem ins Spiel gebracht. Doch auch diese Stipendien sind – obwohl erneut sehr medienwirksam in Szene gesetzt – bereits faktisch gescheitert: Sowohl der Bund als auch andere Länder haben bereits höflich aber bestimmt abgewunken, die Wirtschaft übt sich ebenfalls in vornehmer Zurückhaltung und auch die Landesregierung selbst scheint nicht hinter dem Vorschlag ihres Wissenschaftsministers zu stehen. Schließlich reichen die Mittel, die im Landeshaushalt 2009 für die Vergabe dieser Stipendien vorgesehen sind, bei weitem nicht aus, um die angestrebte Zahl von Stipendien tatsächlich finanzieren zu können. Hinzu kommt, dass – ähnlich wie beim Fachhochschulausbauprogramm – nicht nur die Mittelausstattung unzureichend ist, sondern auch die Ausrichtung des Programms am tatsächlichen Bedarf vorbei geht. Denn eine reine Elite-Förderung, wie sie Pinkwart vorschlägt, erreicht nur zu einem geringen Teil diejenigen, die heute noch aus finanziellen Gründen vor der Aufnahme eines Studiums zurückschrecken.

125

130

135

Ein landesweites Stipendiensystem müsste sich hingegen nach GRÜNER Vorstellung daran orientieren, genau diese Zielgruppe zu erreichen und zur Aufnahme eines Studiums zu motivieren. Geht man von 5000 jungen Menschen aus, die jährlich ein Stipendium von 3600 Euro bekommen, ergibt sich hierfür bei einer Laufzeit der Stipendien von durchschnittlich 4 Jahren ein Finanzbedarf von 72 Mio. Euro pro Jahr. Die GRÜNE Landtagsfraktion hat in den Haushaltsberatungen für den Landeshaushalt 2009 bereits entsprechende Anträge gestellt, diese sind jedoch von CDU und FDP abgelehnt worden.

140

145

Es wird daher also vorläufig dabei bleiben, dass immer mehr Studierende neben ihrem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen. Zusammen mit den zunehmend verdichteten Studienplänen und unzureichenden Unterstützungsmöglichkeiten bei zusätzlicher Belastung durch Familienarbeit und Kindererziehung führt dies zu weiter steigenden Studienabbrüchen, gerade bei Studierenden aus sozial benachteiligten Verhältnissen.

Bologna Reform endlich richtig umsetzen

150

Auf dem Papier ist die Bologna-Reform in NRW abgeschlossen: Mit Ausnahme der Studiengänge mit zentralen staatlichen Prüfungen (Medizin, Jura, Lehramt) sind praktisch alle Studiengänge formal auf das Bachelor-Master-System umgestellt, bei den Lehramtsstudiengängen ist die Umstellung in vollem Gange. Dennoch ist leider nicht in allen Fällen die Chance genutzt worden, die formale Umstellung auch mit einer inhaltlichen Studienreform zu verbinden, die Curricula zu „entrümpeln“ und neue Lehr- und Lernformen zu implementieren. Das hat dazu geführt, dass die zentralen Ziele der Bologna-Reform bisher nicht erreicht wurden: Mehr Mobilität und Vergleichbarkeit, mehr Flexibilität und Eigenverantwortung, mehr Beteiligung der Studierenden. Stattdessen sind in vielen Studiengängen neue Mobilitätshürden entstanden, die Anschlussmöglichkeiten sind vielerorts unflexibler geworden, und statt mehr Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten entsteht oftmals mehr Druck – sowohl für die Studierenden als auch für die Lehrenden. Es muss daher an den Hochschulen endlich eine zweite Reformwelle anlaufen, in der insbesondere die Hochschuldidaktik ein

155

160

stärkeres Gewicht bekommt und bei der auch die Studierenden und der akademische Mittelbau gleichberechtigt beteiligt werden,.

165

Demokratie wieder herstellen – Hochschulgesetz vom Kopf auf die Füße stellen

170

Entgegen den von den Europäischen BildungsministerInnen vorgegebenen Zielen vollzog die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW nach ihrer Machtübernahme 2005 einen umgekehrten Paradigmenwechsel: Statt einer größeren Öffnung der Hochschulen und mehr Beteiligung setzte sie auf „privat-vor-Staat“, baute mit ihren Studiengebühren neue Zugangshürden auf und entmachtete die demokratischen Gremien der Hochschulen zugunsten eines Hochschulrates, in dem in der Regel vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten sind. Im Ergebnis stehen an den Hochschulen in NRW immer öfter „weniger marktgängige“ Studiengänge zur Disposition, werden Mittel vorzugsweise eher für Forschung als für Lehre eingesetzt und drohen Personalentscheidungen ganze Hochschulen zu spalten. GRÜNE Hochschulpolitik will daher die Machtbalance an den Hochschulen wieder herstellen und eine moderne Beteiligungskultur aller Hochschulangehörigen aufbauen, der Studierenden genauso wie der Lehrenden und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Denn echte Innovation lässt sich nicht von oben verordnen oder von außen überstülpen, sondern nur gemeinsam entwickeln. Das gilt auch insbesondere für die Beteiligung von Frauen auf allen wissenschaftlichen Qualifikations-Ebenen, in Leitungspositionen und bei der inhaltlichen und strukturellen Neugestaltung von Studiengängen und Hochschulstrukturen.

175

180

185

Zeit für eine neue Hochschule - Zeit für GRÜN

190

NRW braucht eine Hochschuloffensive – für mehr und besser ausgestattete Studienplätze, für inhaltliche Reformen und für mehr Beteiligung. Die Gelegenheit ist günstig – angesichts der öffentlichen Aufmerksamkeit, die der Bedeutung von Bildung und Bildungsinvestitionen derzeit zuteil werden.

Aber es ist auch höchste Zeit – gerade angesichts des drohenden Fachkräftemangels und des bevorstehenden doppelten Abiturjahrgangs:

195

- Zeit für eine deutlich bessere Ausstattung unserer Hochschulen - damit unsere Hochschulen nicht nur mehr Studierende aufnehmen, sondern die Studien- und Arbeitsbedingungen für alle Lehrenden und Lernenden verbessert werden können.
- Zeit für die Abschaffung der Studiengebühren und ein bedarfsgerechtes Stipendiensystem
- Zeit für eine zweite Welle der Studienreform einschließlich der Stärkung der Hochschuldidaktik und mehr Freiräumen zum Lehren und Lernen
- Zeit für eine bessere Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
- Zeit für mehr Mitbestimmung, Demokratie und Gleichstellung an unseren Hochschulen

200

205

210

Das geht allerdings nur mit einer anderen Hochschulpolitik. Das geht nicht mit einer Landesregierung, die einzig und allein auf Elite und selbst erklärte „Exzellenz“ setzt und dabei bewusst in Kauf nimmt, eine ganze Generation von jungen Menschen vor den Hochschultüren stehen zu lassen.

215

Wir GRÜNE wollen eine zukunftsfähige Hochschule – und wir wollen sie jetzt!